

## Übersorgte Politiker

Kemmerich: „Volle Bezüge für einen Tag“, FR-Tagesthema vom 7. Februar

Es kann nur ein schlechter Traum gewesen sein. Vor oder in Parlamentsgebäuden halte ich mich selten auf. Jetzt ist mir klar geworden warum die Politiker dort einen Einkaufswagen vor sich her schieben. Nicht zum Aktentransport, dafür gibt es Hilfskräfte. Zu einem Selbstbedienungsladen gehören Einkaufswagen. Oder wie ist das Ministergesetz anders zu verstehen als Einladung zur Selbstbedienung?

Jetzt könnte man denken das Gesetz könnte und sollte geändert werden. Von wem? Von denen, die die Selbstbedienung in ein legales Mäntelchen gepackt haben? Das ist leider ein, na ja, frommer Wunsch. Gewöhnlich sind die in der Politik tätigen Personen nicht die Ärmsten der Armen. Warum dann diese Übersorgung?

Nur ein Vergleich: Ein Mindestlohnempfänger (9,35 Euro/Stunde, 168 Stunden im Monat) bekommt im Monat brutto 1570, im Jahr 18840 Euro. Er muss für die mehr als 93000 Euro des Herrn Kemmerich fast fünf Jahre arbeiten, und erhält nach 40 Jahren Arbeit und Einzahlen in die Rentenversicherung eine Nettorente von 552 Euro.

Zur Erinnerung : Vor acht Jahren trat Christian Wulff vom Amt des Bundespräsidenten zurück. Nach einem Drittel der Amtszeit. Auf die Frage des ZDF-Journalisten Peter Frey, ob er sich vorstellen könne, dass der Ehrensold nach der verkürzten Amtszeit entsprechend gekürzt werden könne, sagte Wulff sinngemäß, er könne sich Änderungen vorstellen, nahm dann aber doch den vollen Ehrensold von 200000 Euro. So viel zur nicht immer vorhandenen Glaubwürdigkeit der politischen Klasse.

Mit dem Geschehen in Thüringen, der beschriebenen Übersorgung tun sich die Politiker keinen Gefallen, was ihre Glaubwürdigkeit betrifft. Wasser predigen und Wein trinken, das fällt auch denen auf die, nur an Wasser gewöhnt sind.

Gerhard Müller, Offenbach

## Immer angepasst

Zu: „Neues aus dem Tempodrom“, FR-Meinung vom 6. Februar

Bleibt die CSU konsequent bei ihrer Auffassung, den Bürger vor zu vielen Verboten zu bewahren, dann ist es wohl nur noch eine Frage der Zeit, dass sie sich auch stark macht für eine Richtgeschwindigkeit von 100 auf Landstraßen und 50 in Ortsdurchfahrten. In Wohngebieten wird sie eine Richtgeschwindigkeit von 30 konsequent einführen. Schilder braucht man dann keine mehr aufzustellen, da der mündige Bürger sich auch so immer angepasst verhalten wird.

Bernd Kempf, Kleinwallstadt

Diskussion: frblog.de/tempolimit-3



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Bascha Mika** ist als Expertin zum Thema „MeeToo – was ist daraus geworden?“ zu Gast im Studio.

**Mittwoch, 12. Februar, 9.05 Uhr ZDF, „Volle Kanne - Service täglich“**

**Stephan Hebel** spricht zum Thema „Lügt die Presse? – Wie Nachrichten entstehen“. Eintritt zehn, Studierende fünf Euro, Schülerinnen und Schüler frei.  
**Donnerstag, 13. Februar, 19.30 Uhr Ludwigskapelle, Kommerzienrat-Wagner-Straße 1 B, Wachenheim an der Weinstraße**

**Jens Joachim** moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.

**Dienstag, 18. Februar, 18.30 Uhr Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt**

**Bascha Mika** und **Nadja Erb** stellen ihr Buch „Mut für einen Feminismus, der allen guttut“ vor.

**Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt**

**Thomas Kaspar** diskutiert über die Frage „Medien 4.0: Ist der Qualitätsjournalismus noch zu retten?“ mit Claudia Pörings, ZDF Börsenstudio, Tim Habicht, Investment-Plattform Fundview, und Pia Kater vom

Fondsanbieter Lupus alpha.  
**Mittwoch, 26. Februar 2020, 19 Uhr Frankfurter Presseclub, Umlmenstraße 20, Frankfurt**

## Dummheit oder kalkulierte Annäherung?

Nach dem Debakel von Thüringen: „Nichts ist gut“, FR-Titel vom 7. Februar

### Alle Macht geht vom Volke aus – wirklich?

Das hatten wir doch schon mal! Die Eliten, Offiziere, Adel hatten Hitler hofiert. Was schlummert da im Untergrund? Demokratie: Alle Macht geht vom Volke aus? Nur noch Machtgier! Das Volk spielt keine Rolle mehr!

Renate Schuhmacher, Frankfurt

### Gab es wirklich keine Absprachen?

Es gab keine Absprachen? Die FDP wollte im dritten Wahlgang mit der Kandidatur Kemmerichs ein Zeichen für die bürgerliche Mitte setzen? Dann ist soweit ja alles in Ordnung. Die Grundidee wäre dann auch gar nicht so schlecht gewesen. Kemmerich kandidiert als Kandidat der bürgerlichen Mitte. CDU und FDP wählen nicht den Kandidaten der Linken und haben ihr politisches Gesicht gewahrt. Wäre allerdings jemand aus CDU oder FDP-Fraktion unter diesen Annahmen im Stande gewesen, nicht nur bis eins, sondern auch bis zwei zu zählen, wäre er auf die Idee gekommen, dass das nun eingetretene Szenario unbedingt zu vermeiden ist und man hätte, in einer der beiden Fraktionen für zumindest drei Enthaltungen oder Stimmen für Ramelow sorgen müssen. Damit hätte man das Risiko ausgeschlossen, dass Kemmerich mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wird. In diesem Falle hätte man zudem die AfD bloßgestellt, die dann völlig sinnlos nicht ihren eigenen Kandidaten, sondern lieber den der FDP gewählt hat. Das hätte den Bürgern ein passendes Bild der AfD vermittelt und hätte der AfD in der Öffentlichkeit ziemlich geschadet.

Stattdessen präsentieren sich nun CDU und FDP als chaotische Verlierer und haben in der Bevölkerung an politischem Ansehen verloren. So befeuert man Politikverdrossenheit und stärkt die politischen Ränder!

Oder gab es doch Absprachen, war dieses Szenario gewünscht und die Überraschung gespielt? Auffällig ist schließlich, dass jeder einzelne Abgeordnete der CDU und FDP für Kemmerich gestimmt hat. In diesem Falle hätten sich CDU und FDP in der Tat schuldig gemacht, den Rechtspopulisten und politische Vertretung von nationalsozialistischen Gruppierungen aus ihrer Isolation zu helfen und sie in politische Entscheidungsfindung einzubeziehen. Das wäre nahezu unverzeihlich. So hat man jetzt die Wahl, ob für dieses politische Debakel Dummheit der handelnden Politiker oder eine kalkulierte, politische Annäherung der CDU und FDP an die AfD verantwortlich ist. So schlimm das auch ist, ich hoffe auf erstes.

Frank Diergardt, Frankfurt

### Widerstand gegen die Menschenverächter

Die Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten ist trotz des angekündigten Rücktritts ein Trauerspiel, man könnte auch von einem kalten Putsch von rechts sprechen. Das politische Beben, das dieses Ereignis begleitet, macht den Schaden, der durch die gemeinsame Aktion von CDU, FDP und AfD angerichtet wurde, nicht geringer. Es ist gespenstisch, wozu sich die FDP hergegeben hat. Das ist nichts anderes als die Abkehr dieser Partei von ihren sowieso nur noch rudimentär vorhandenen Werten.

Der Dambruch ist riesig und die Beschädigung der Demokratie beispiellos. Der Thüringer Skandal könnte den Anfang vom Ende der liberalen Gesellschaft und der bisher zumindest zum Schein vorgetragenen sogenannten Gemeinsamkeit der Demokraten sein. Wer es noch nicht gemerkt hat, dem muss spätestens jetzt klar werden, dass bei einem großen Teil unserer Politikerinnen und Politiker die Bekenntnisse gegen Demagogen von rechts den Charakter von

Lippenbekenntnissen haben. Wir stehen mitten in einem Kulturkampf zwischen Befürwortern und für diese Demokratie engagierten Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und Demokratie- und Menschenverächtern auf der anderen Seite. Die Bundesrepublik muss nicht nur in Thüringen, sondern überall vor ihren Feinden geschützt werden; denn die angeblichen Unterstützer der Demokratie sind dabei, den Geist unserer wertvollen Verfassung einem neoliberalen und nationalistischen Zeitgeist zu opfern. Das, was wir im Thüringer Landtag erlebt haben, ist ein Zu-Kreuze-Kriechen der bürgerlichen Parteien vor dem neuen Nazi-Ungeist. Jetzt sind alle Demokraten gefragt, sich dem drohenden rechtsautoritären Regime zu widersetzen.

Eigentlich wäre auch Christian Lindners Demission angebracht. Wenn er über politischen Anstand verfügen würde, müsste es zu dieser Konsequenz kommen. Die FDP hatte insbesondere während der sozialliberalen Zeit wirkliche Verdienste um die zweite deutsche Demokratie. Heute sind nicht nur einige Hinterbänkler der FDP in Thüringen feste dabei, diese Verdienste mit Füßen zu treten.

Manfred Kirsch, Neuwied

### Das werden die Menschen nicht so schnell vergessen

Die Politiker nehmen keine Rücksicht mehr auf Menschen, auch harte Grenzen und Tabus werden gebrochen, um Macht zu erhalten. Einfach widerlich, was alles getan wird für politische Positionen. Denn selbst heute, nachdem versucht, wird das Dilemma zu begrenzen, gibt es keine Einigkeit über ein geschlossenes demokratisches Vorgehen, zumindest den Ist-Zustand schnell zu beenden. Jämmerlich! Vergessen werden das die meisten Menschen nicht. Das ist auch gut so.

Dieter Domabil, Erlangen

Diskussion: frblog.de/debakel

## Eine andere Vorstellung von gutem Leben

Zu: „Wie linke Klimapolitik aussehen muss“, FR-Meinung v. 31.1., u. „Selbstbetrug der Bürger wird absurder“, FR-Wirtschaft v. 1.2.

Die sogenannte linke Klimapolitik von Klaus Ernst ist ein gutes Beispiel für den „Selbstbetrug der Bürger“ (Rainer Griefshammer) und zeigt ganz deutlich,

wie ausgeprägt das alte technikgläubige Denken auch in den Köpfen linker (?) Politiker zu finden ist. „Ein fortschrittlicher Ansatz ist es, auf technische Lösungen zu setzen...“, schreibt Klaus Ernst und lehnt jegliche Verbote und Einschränkungen ab. Seine Vorstellungen über eine „linke“ Klimapolitik unterscheiden sich in vielen Passagen nicht von Vorstellungen der Anti-Verbotspartei FDP und der Autolobby, sind allerdings etwas sozialer ausgestaltet. Er verleugnet völlig, dass Veränderungen unserer destruktiven Lebensweise mit ihrem extremen Ressourcen-Verbrauch längst überfällig sind und blen-

det die globale soziale Ungerechtigkeit durch unsere „imperiale Lebensweise“ völlig aus.

Es wäre zu wünschen, dass Herr Ernst sich intensiv mit den Aussagen von Rainer Griefshammer beschäftigen würde, der deutlich macht, dass eine wirkliche Klimapolitik nicht nur auf technologische Lösungen setzen kann, sondern ein spürbares Umdenken in Gesellschaft und Politik erfordert. So braucht es Wechselwirkungen zwischen Veränderungsprozessen in der Gesellschaft mit einer anderen Vorstellung von „gutem Leben“ und politischen Entscheidungen und Regulierungen durch angemessene Kohlendioxid-Bepreisung, Einschränkung und spürbare Verteuerung des Flugverkehrs, Reduzierung des Autoverkehrs und ähnliche Maßnah-

men. Wie schwierig es ist, solche Veränderungsprozesse durchzusetzen, zeigt sich gerade am Beispiel des Tempolimits. Hierbei geht es um eine relativ einfache zu installierende Maßnahme, die sehr rasch die Opferzahlen im Straßenverkehr senken könnte und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz leisten würde. Wenn selbst Politiker der Linken sich so explizit gegen Verbote und angemessene Regulierungen aussprechen, verwundert es kaum, dass das notwendige Umdenken so langsam vorankommt. Wie Rainer Griefshammer richtig sagt, stehen wir bereits auf sehr dünnem Eis und es bräuchte deshalb eine mutige „linke“ Klimapolitik, die die soziale Frage nicht gegen die ökologische Frage ausspielt.

Hermann Roth, Frankfurt